



Eine Kampagne  
der evangelischen Kirche  
und ihrer Diakonie  
in Duisburg

Evangelischer Kirchenkreis Duisburg  
Diakonisches Werk Duisburg  
Am Burgacker 14-16  
47051 Duisburg

Diakoniewerk Duisburg GmbH  
Paul-Rücker-Str. 7  
47059 Duisburg

**Offener Brief**  
**an die aus Duisburg abgeordneten Damen und Herren Mitglieder**  
**des Deutschen Bundestages und**  
**des Landtages Nordrhein-Westfalen**

Frau Bärbel Bas MdB  
Herrn Johannes Pflug MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Herrn Rainer Bischoff MdL  
Frau Anna Conrads MdL  
Herrn Holger Ellerbrock MdL  
Herrn Minister Ralf Jäger MdL  
Herrn Sören Link MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Duisburg, zum 1. Mai 2011

**Gesetz zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Kampagne „Ich will arbeiten“ machen die Evangelische Kirche und ihre Diakonie in Duisburg von der Passionszeit 2011 bis zur Passionszeit 2012 ein Jahr lang mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen auf die Lage der arbeitslosen, insbesondere der langzeit-arbeitslosen Menschen in unserer Stadt aufmerksam.

Duisburg hat immer noch rund 33.000 erwerbslose Bürgerinnen und Bürger. Dem steht eine leicht angestiegene Zahl von ca. 2.600 offenen Stellen gegenüber. Die Chefin der örtlichen Agentur für Arbeit bemüht in ihren öffentlichen Erklärungen die konjunkturelle Belebung und die „wachsenden Chancen am Arbeitsmarkt“. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. In die Statistik fließen seit Februar 2011 auch etwa 2.000 Menschen zusätzlich ein, die bis dahin einer von der ARGE (jetzt: Gemeinsame Einrichtung Job-Center) geförderten gemeinnützigen Beschäftigung nachgingen. In Duisburg wurden 61,5% der sogenannten GWA- oder Zwei-Euro-Jobs gestrichen. Das ist ein Kahlschlag, der seines gleichen sucht; in anderen Ruhrgebietsstädten etwa lag der Verlust bei etwa 14 bis 46%, in Nordrhein-Westfalen bei durchschnittlich 28,5%.

Auslöser und Hintergrund der katastrophalen Zahlen vor Ort ist die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, die mit der sogenannten „Instrumentenreform“ des Ministeriums für Arbeit und Soziales die Eingliederungsquote in den Ersten Arbeitsmarkt deutlich erhöhen will und zugleich die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem SGB II deutlich kürzt, nämlich in

2011 um mehr als 1,3 Mrd. Euro und bis 2014 um insgesamt 8,2 Mrd. Euro, was etwa 40 % des Volumens von 2010 entspricht.

Wenn die Ministerin für Arbeit und Soziales davon redet, alle Instrumente der Bundesanstalt auf die (schnelle) Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt ausrichten zu wollen, dann hat dies angesichts der genannten Zahl zwingend zur Folge, dass die nach wie vor erhebliche Personen-Gruppe in der Grundsicherung, für die eine schrittweise, längerfristige soziale und arbeitsmarktliche Integrationsstrategie verfolgt werden muss, praktisch kaum noch gefördert wird, und das nicht etwa nur vorübergehend, sondern für immer.

Bei dieser Gruppe handelt es sich, wie wir aus eigener jahrzehntelanger Erfahrung wissen, in der erdrückenden Mehrheit um Menschen, die arbeiten wollen, die in einem bestimmten Rahmen auch arbeiten können, auf Grund ihrer persönlichen oder sozialen Situation aber nicht schnell und unmittelbar für die Bedürfnisse des Ersten Arbeitsmarktes zur Verfügung stehen. Sie werden, insbesondere angesichts der nicht armutsfesten Höhe der Grundsicherung, von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Sogar der Grundsatz „Fördern und Fordern“, der immerhin im Hintergrund der umstrittenen Arbeitsmarktreformen von 2005 stand, wird mit dem Gesetz zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente leichtfertig wieder aufgegeben.

Weil gleichzeitig der Bedarf an gemeinnützigen, der Gesellschaft und dem Umweltschutz dienenden Tätigkeiten, die sich am regulären Arbeitsmarkt „nicht rechnen“, wächst, fordert die Diakonie in Deutschland bereits seit 2006 einen „Passiv-Aktiv-Transfer“ (PAT), mit dem die finanziellen Mittel, die in den Haushalten der Grundsicherungsträger für Arbeitslosengeld-II-Empfänger vorgesehen sind, in Mittel zur aktiven Unterstützung für erwerbslose Menschen umgewandelt werden. Die Studie „Gerechte Teilhabe an Arbeit“ des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland von November 2010 belegt anhand einschlägiger Modellrechnungen, dass ein nach den Grundsätzen des PAT öffentlich geförderter Zweiter Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der mit ihm steigenden Beiträge zur Sozialversicherung für die öffentlichen Kassen insgesamt sogar günstiger ist als die von der Bundesregierung bevorzugte Bezuschussung von erzwungenem Nichtstun.

Arbeit, für besonders Benachteiligte auch Arbeit in Form öffentlich geförderter Beschäftigung, ist ein Menschenrecht und eine unabdingbare Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Führung eines selbstbestimmten Lebens.

Wir ersuchen Sie daher dringend, sich im Rahmen Ihrer politischen Mandate innerhalb Ihrer jeweiligen Fraktionen mit dafür einzusetzen,

- dass der unsozialen und volkswirtschaftlich unsinnigen Instrumentenreform des Ministeriums für Arbeit und Soziales im Bundestag und in der Länderkammer entgegengetreten wird und
- dass die Alimentierung von Erwerbslosigkeit durch einen nachhaltigen öffentlich geförderten Zweiten Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ersetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

namens der Kampagne „Ich will arbeiten“

(gez.) Stephan Kiepe-Fahrenholz, Pastor

Geschäftsführer des Diakonischen Werkes des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg

(gez.) Sieghard Schilling

Geschäftsführer des Diakoniewerks Duisburg GmbH